

Stand: 09.02.2026 08:54:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9230

"Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9230 vom 01.12.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9666 des WI vom 03.12.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9876 vom 02.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Klaus Stöttner, Peter Winter, Dr. Franz Rieger, Dr. Florian Herrmann, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, das Vergaberecht zu reformieren und zu vereinfachen, mit der die bisher in verschiedenen Regelwerken enthaltenen Vorschriften zur Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen oberhalb des EU-Schwellenwerts in einer Verordnung zusammengefasst werden.

Der Landtag spricht sich jedoch gegen die im vorgelegten Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums enthaltene Änderung aus, wonach der Wert von Dienstleistungen, die in einem „funktionalen Zusammenhang“ stehen, bei der Berechnung des Auftragswerts zusammenzurechnen ist, ohne zu berücksichtigen, ob es sich um gleichartige oder verschiedene Dienstleistungen handelt. Dies führt zu mehr Bürokratie für Mittelstand, Staat und Kommunen, ohne einen Beitrag zur Erfüllung der angestrebten Ziele zu leisten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung ferner auf, bei den derzeit laufenden Gesprächen mit der Bundesregierung auch weiterhin auf eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der Europäischen Vergaberichtlinien zu drängen. Dies gilt auch für die im Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums bisher noch nicht explizit übernommene, kommunalfreundliche Bestimmung in den Vergaberichtlinien, wonach unter be-

stimmten Voraussetzungen bei eigenverantwortlichen Beschaffungen durch eigenständige Organisationseinheiten die Auftragswerte der einzelnen Einheiten gesondert betrachtet werden können.

Begründung:

Derzeit wird das Vergaberecht unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums überarbeitet. Neben den gesetzlichen Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) muss auch die Vergabeverordnung (VgV) bis spätestens 18. April 2016 reformiert sein. Im Referentenentwurf zur Neuregelung der Vergabe plant das Bundeswirtschaftsministerium eine teils grundlegende Neuregelung bei der Ermittlung des Auftragswerts der freiberuflichen Leistungen.

Nach aktuell geltender Fassung sind Planungsleistungen ab 207.000 Euro europaweit gemäß der „Vergabeverordnung für freiberufliche Dienstleistungen“ (VOF) auszuschreiben. In den meisten Fällen war dieser Schwellenwert bei kleineren Bauaufgaben nicht oder höchstens für die Architektenleistung erforderlich, weil die VgV bei der Ermittlung des Auftragswerts zwischen den verschiedenen freiberuflichen Leistungen unterschieden hatte (§ 3 Abs. 7 Satz 3 VgV).

Demgegenüber sieht der Entwurf der künftigen Vergabeverordnung vor, dass die prognostizierten Honorare sämtlicher Planungsleistungen (Architektur, Tragwerksplanung, Haus- und Elektrotechnik, Vermessung, Baugrund usw.) für ein Bauvorhaben zusammenzählen und dem derzeitigen Schwellenwert von 207.000 Euro gegenüberzustellen sind. Überschreitet die Summe der Einzelhonorare diesen Wert, so sind künftig für alle diese Planungsleistungen dem bisherigen VOF-Verfahren vergleichbare europaweite Ausschreibungsverfahren durchzuführen.

Statt die Planungen mit hohem Kostenaufwand für die Bauherren einzeln europaweit auszuschreiben, ist zu erwarten, dass die verschiedenen Fachplanungsleistungen künftig im Paket als Generalplanungen ausgeschrieben werden.

Dies würde zu erheblichen Strukturänderungen führen: Abgesehen davon, dass der in Deutschland bewährte Grundsatz der Trennung von Planung und Ausführung mit seiner hohen Bedeutung für die Qualitätssicherung und den Verbraucherschutz aufgegeben würde, würde dies die vielen Planungsbüros in Bayern gefährden und im Gegenzug zu einer Konzentration in

wenigen Großbüros in den Ballungszentren führen. Die mittelständisch geprägte Struktur der bayerischen Ingenieurbüros mit selten mehr als 10 bis 15 Mitarbeitern fände abseits privater Aufträge keinen relevanten Markt mehr. Dies gilt es zu verhindern.

Ebenso ist darauf hinzuwirken, dass kommunalfreundliche Bestimmungen in den europäischen Vergaberichtlinien eins zu eins in nationales Recht übernommen werden. Bisher setzt der Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums die Möglichkeit des Art. 5 Abs. 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/24/EU

(die auch in den Richtlinien 2014/23/EU und 2014/25 EU enthalten ist) nicht um. Danach können bei eigenverantwortlichen Beschaffungen durch eigenständige Organisationseinheiten unter bestimmten Voraussetzungen die Auftragswerte der einzelnen Einheiten gesondert betrachtet werden. Diese durch die EU-Richtlinie eröffnete Erleichterung hat für die Kommunen erhebliche praktische Bedeutung, zum Beispiel wenn mehrere Schulen in einer Gemeinde ihre Beschaffungen in eigener Budgetverantwortung durchführen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Herr Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jede Fraktion kann Anträge stellen. Wir haben den Antrag heute als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil Sie, lieber Herr Kollege, genau wissen, dass wir keine Sitzung mehr vor Weihnachten haben. Da dieses Thema jedoch wichtig ist, wollen wir ein deutliches Signal Richtung Brüssel senden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir hätten eine Sondersitzung machen können! – Widerspruch bei der CSU)

– Lieber Herr Kollege, ich glaube, wir merken, dass es Ihnen offenbar nicht ganz so ernst mit dem Thema ist, wie wir es für notwendig halten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/9226 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/9256 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/9257 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich habe mich zu Wort gemeldet!)

– Sie haben sich gemeldet. – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir haben jetzt 18.00 Uhr.

(Zurufe von der SPD: 17.59 Uhr!)

– Welche Uhrzeit gilt jetzt?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kabarett!)

– Ist das eine Erklärung zur Abstimmung für die Fraktion?

(Josef Zellmeier (CSU): Für mich!)

– Für Sie persönlich. – Herr Kollege Zellmeier hat sich zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

(Heiterkeit)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit voller Überzeugung bei der Haltung der CSU. Wir wollen übrigens auch das Gleiche wie die FREIEN WÄHLER. Ich möchte an dieser Stelle nur betonen, dass das Wort "dringlich" bei den Dringlichkeitsanträgen manchmal etwas irreführend ist. Bei dem Antrag, den die CSU eingebracht hat, handelt es sich tatsächlich einmal um einen Antrag, der dringlich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklärung zur Abstimmung! – Diana Stachowitz (SPD): Wollen Sie vielleicht sagen, dass Sie dem Antrag doch zugestimmt haben?)

Warum Herr Kollege Professor Dr. Gantzer dies infrage stellt, verstehe ich nicht. Deshalb war es eigentlich die Pflicht eines jeden Kollegen hier, dem zu folgen, weil hier eine Dringlichkeit gegeben ist. Entsprechend war auch mein Abstimmungsverhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir haben bereits abgestimmt. Unsere vereinbarte Endzeit 18.00 Uhr ist nun erreicht. Ich kann somit den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9227 betreffend "3. Startbahn: Klarheit für die Menschen – Entscheidung jetzt!" nicht mehr aufrufen. Er wird daher in den federführenden Ausschuss verwiesen. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9228 bis einschließlich 17/9233 und die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9258 bis einschließlich 17/9260 werden ebenfalls in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich schließe damit die Sitzung und wünsche der CSU-Fraktion eine friedliche und besinnliche Weihnachts-



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau
und Verkehr, Energie und Technologie**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 17/9230

**Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunal-
freundlich gestalten**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Klaus Holetschek**
Mitberichterstatter: **Andreas Lotte**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 40. Sitzung am 3. Dezember 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Klaus Stöttner, Peter Winter, Dr. Franz Rieger, Dr. Florian Herrmann, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/9230, 17/9666

Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten

Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, das Vergaberecht zu reformieren und zu vereinfachen, mit der die bisher in verschiedenen Regelwerken enthaltenen Vorschriften zur Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen oberhalb des EU-Schwellenwerts in einer Verordnung zusammengefasst werden.

Der Landtag spricht sich jedoch gegen die im vorgelegten Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie enthaltene Änderung aus, wonach der Wert von Dienstleistungen, die in einem „funktionalen Zusammenhang“ stehen, bei der Berechnung des Auftragswerts zusammenzurechnen ist, ohne zu berücksichtigen, ob es sich um gleichartige oder verschiedene Dienstleistungen handelt. Dies führt zu mehr Bürokratie für Mittelstand, Staat und Kommunen, ohne einen Beitrag zur Erfüllung der angestrebten Ziele zu leisten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung ferner auf, bei den derzeit laufenden Gesprächen mit der Bundesregierung auch weiterhin auf eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der Europäischen Vergaberichtlinien zu drängen. Dies gilt auch für die im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bisher noch nicht explizit übernommene, kommunalfreundliche Bestimmung in den Vergaberichtlinien, wonach unter bestimmten Voraussetzungen bei eigenverantwortlichen Beschaffungen durch eigenständige Organisationseinheiten die Auftragswerte der einzelnen Einheiten gesondert betrachtet werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert!
Drs. 17/1619, 17/9744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik
Drs. 17/8205, 17/9658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen
Drs. 17/8642, 17/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Brutto- statt Nettovertrag für die S-Bahn München
Drs. 17/8671, 17/9661 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!
Drs. 17/8689, 17/9743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/8690, 17/9707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprengstoff-Suchgeräte
Drs. 17/8762, 17/9740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD
Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen
Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!
Drs. 17/8939, 17/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren
Drs. 17/8940, 17/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden – Reaktivierungen ermöglichen
Drs. 17/8953, 17/9662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduktion der Schäden durch Schwarzwild – Schonzeiten für Keiler aufheben
Drs. 17/9059, 17/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln!
Drs. 17/9085, 17/9741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Petra Guttenberger u.a. CSU
Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen
Drs. 17/9106, 17/9663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Voraussetzung für Automatisiertes Fahren schaffen – Anforderungen an die Straßeninfrastruktur abklären
Drs. 17/9112, 17/9664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen
Drs. 17/9154, 17/9665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten
Drs. 17/9230, 17/9666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel
Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten
Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>